



**Tina Rudolph**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## PRESSEMITTEILUNG

**„12€ Mindestlohn – Gehaltserhöhung für 11.000 Menschen im Unstrut-Hainich-Kreis!“**

Berlin, 30.09.2022

Bezug:  
Anlagen:

**Tina Rudolph**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-78000  
Fax: +49 30 227-2378000  
tina.rudolph@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Eisenach:**  
Marienstraße 57  
99817 Eisenach  
Telefon: +49 17620838441  
tina.rudolph.wk@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Mühlhausen:**  
Steinweg 7  
99974 Mühlhausen  
Telefon: +49 1795476894  
tina.rudolph.wk@bundestag.de

Mühlhausen, 1. Oktober 2022: **Im Juni im Bundestag beschlossen, heute tritt er in Kraft: Der Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde. Durch die einmalige Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Oktober auf 12 Euro profitieren auf Initiative der SPD über 6 Millionen Beschäftigte, vor allem Frauen, Ostdeutsche und Arbeitnehmer:innen in Branchen mit niedriger Tarifbindung. Neben der Mindestlohnerhöhung wird außerdem die Minijobgrenze auf 520 Euro angehoben. Ab dem 1. Oktober gilt bundesweit der neue, höhere Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde. Damit wird ein zentrales Wahlversprechen der SPD schon ein Jahr nach der Bundestagswahl Realität. Im Unstrut-Hainich-Kreis profitieren insgesamt mehr als 11.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Erhöhung (laut Schätzungen des Pestel Instituts für Systemforschung e.V.)**

Tina Rudolph, SPD-Bundestagsabgeordnete für den Unstrut-Hainich-Kreis, bewertet die Mindestlohnerhöhung als wichtiges Zeichen: „12 Euro Mindestlohn zeigt: Mit der SPD gibt es am Ende des Monats mehr Gehalt. Das ist eine wichtige Wertschätzung für die Arbeit von Millionen Beschäftigten“.

Es war ein Versprechen der SPD an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Arbeit muss so bezahlt werden, dass jeder von seinem Lohn leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. In den Koalitionsverhandlungen hat sich die SPD durchgesetzt und dafür gesorgt, dass die Mindestlohnerhöhung schnell in Kraft tritt. Nach der einmaligen Erhöhung wird die von Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen besetzte Mindestlohnkommission über künftige Erhöhungsschritte entscheiden.



Die Erhöhung des Mindestlohns bedeutet für viele Menschen eine spürbare Verbesserung im Geldbeutel. Die SPD hat lange dafür gekämpft. Die hohe Inflation muss und wird zudem durch weitere spürbare Entlastungen abgedeckt werden, damit der höhere Mindestlohn auch bei den Beschäftigten ankommt. Die Bundestagsabgeordnete Tina Rudolph erklärt dazu: „Der Beschluss des Kabinetts zur Strom- und Gaspreisbremse ist daher ein weiterer wichtiger Schritt zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.“